



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Petitionskomitee Schweizer Berufsverband für Pflegefachpersonal, SBK Sektion Bern  
Frau Manuela Kocher Hirt, Präsidentin  
Schlösslistrasse 29  
3008 Bern

RRB Nr.: 287/2026 25. März 2026  
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

## Petition "Erhalt AppElle - Offener Brief medizinischer Fachpersonen an den Regierungsrat des Kantons Bern"

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 24. November 2025 hat Ihre Organisation bei der Staatskanzlei die im Titel erwähnte Petition mit 369 Unterschriften eingereicht, von der wir hiermit Kenntnis nehmen. Die Petition verlangt vom Regierungsrat,

1. dass das bestehende Hotline-Angebot AppElle! über 2025 hinaus weiterbetrieben wird;
2. dass die Istanbul-Konvention, die vorgibt, dass Betroffene Zugang zu spezialisierter und koordinierter Unterstützung haben müssen, konsequent umgesetzt wird;
3. dass Schutzangebote für Betroffene anhand ihrer Wirksamkeit unter Beizug von Fachpersonen umgesetzt werden, statt nach politischen oder verwaltungswirtschaftlichen Überlegungen.

Im Hinblick auf die Einführung der zentralen Opferhilfe-Telefonnummer im Mai 2026 wurden Leistungsverträge zwischen dem Kanton Bern, handelnd durch das Amt für Integration und Soziales (AIS), und der Stiftung Opferhilfe Bern sowie auch mit «Die Dargebotene Hand» abgeschlossen.

In der Deutschschweiz haben sich betreffend Abdeckung ausserhalb der Bürozeiten die Kantone AG, BL, BS, LU, NW, OW, SZ, UR, ZG, SH, SO und TG für dieselbe Lösung entschieden wie der Kanton Bern (Zusammenarbeit mit «Die Dargebotene Hand»). Ein Angebot, das dauerhaft für alle Gewaltopfer rund um die Uhr verfügbar ist, erfordert erhebliche Ressourcen sowie Stabilität. Kleinere Partner können solche Rahmenbedingungen vor besondere Herausforderungen stellen. Daher wurde eine Variante gewählt, die diese Anforderungen abdeckt und dabei die Struktur durch klare Weiterleitungen, enge Kooperationen und

präzise definierte Leistungsverträge optimiert. Durch die enge Zusammenarbeit und die festgelegten Übergabepunkte wird sichergestellt, dass die Opfer schnell und effektiv an die richtigen Anlaufstellen weitergeleitet werden. Zudem wird der Ausbau der Erreichbarkeit (zusätzliche Ressourcen) der Beratungsstellen der Frauenhäuser finanziert, um eine kontinuierliche Unterstützung zu gewährleisten. Diese Lösung trägt dazu bei, dass die Anforderungen der Istanbul-Konvention vollständig erfüllt werden und Gewaltopfer jederzeit die notwendige Hilfe erhalten.

Das Angebot der Notnummer AppElle! war aufgrund der bestehenden Einschränkungen auf weibliche Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt weniger geeignet. Jenes von «Die Dargebotenen Hand (143.ch)» und der Stiftung Opferhilfe Bern war auf die Zielgruppe der zentralen Opferhilfe-Telefonnummer besser zugeschnitten. Die Beratung bei «Die Dargebotenen Hand» wird von freiwilligen Mitarbeitenden durchgeführt. Diese werden jedoch sorgfältig rekrutiert, ausgebildet und gewährleisten eine hohe Fachlichkeit. Das Modell bietet somit eine 24/7-Erreichbarkeit, während gleichzeitig die notwendige fachliche Qualität der Beratung aufrechterhalten wird. «Die Dargebotene Hand» verfügt schweizweit über einen Leistungsausweis als Anlaufstelle und führt jährlich 200'000 Gespräche mit Ratsuchenden. Aus diesen Gründen hat der Kanton Bern mit diesen Organisationen die Umsetzung des Projektes weiterverfolgt und mit ihnen Leistungsverträge abgeschlossen. Der Grosse Rat hat den eingeschlagenen Weg mit Annahme und gleichzeitiger Abschreibung der Motion 113-2024 erstmals bestätigt und in der Frühlingssession 2026 mit der Kenntnisnahme der Opferhilfestrategie sowie der Annahme der Planungserklärung 13 und Ablehnung der Planungserklärung 12 diesen Entscheid bekräftigt.

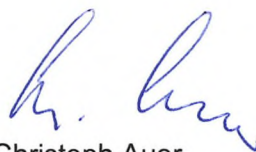
Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**



Christoph Neuhaus  
Regierungspräsident



Christoph Auer  
Staatsschreiber

Verteiler  
– Sicherheitsdirektion